

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einheit.“ Zusatzblätter

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 4.2 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 4.240

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigepaltene Beilage oder deren Raum berechnet

### Der Baumarkt im Jahre 1920.

Von Stadtbaurat Dr. Martin Wagner.

„Die Regierung muß der Bewegung stets um einen Schritt voraus sein.“ So konnte Graf Armin nach der Revolution von 1848 sprechen. Nach dem 9. November wird man indessen verführt, zu sagen: „Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geliehen.“ Wo ist der Geist, der die dunklen Probleme löst, die sich vor dem kommenden Baujahr aufstürzen? Wir haben keine Wohnungen, keine Baustoffe, kein Baugeld, keine rechte Arbeitsfreudigkeit. Die Regierung scheint all diesen Fragen wie gelähmt gegenüber zu stehen. Da begreift man es, daß ein rühriger Geist, wie Kommerzienrat Georg Haberland, einen „dringenden Appell an die Reichs- und Staatsregierung“ richtet und sie zu einer Tat aufruft. Aber wohin will Haberland sie führen? Wir haben keine Wohnungen. Haberland sagt: Baut Mietstufen! Wir haben keine Arbeitsfreudigkeit. Haberland sagt: Die Arbeitsleistung muß verdoppelt und der Arbeitslohn herabgesetzt werden! Wir haben keine Baustoffe. Haberland sagt: Arbeiter, halt Kofle aus der Gabel! Wir haben kein Baugeld. Haberland sagt: Steigern wir die Mieten um 100 pZt. und mehr, bis das „freie Spiel der Kräfte“ wieder hergestellt ist. Diese Lösung der Probleme ist gewiß verlockend einfach; aber ist dies nicht gerade ihr Nachteil, ein Beweis dafür, daß die ganze Breite und Tiefe der Fragen von Haberland nicht erkannt worden ist? Oder —?

Nein, so wie Haberland kann man das Problem nicht angehen. Und die Regierung tut gut daran, die von ihm vorgeschlagene Gewalttat abzuschneiden. Aber wie sonst? Wir haben keine Wohnungen und keine Kofle. Wir können nur Wohnungen bauen, wenn wir Kofle haben, und wir können nur Kofle fördern, wenn wir den Bergarbeitern Wohnungen schaffen. Allein im rheinisch-westfälischen Industriegebiet werden 100.000 Wohnungen für Bergarbeiter verlangt, die zur Steigerung der Kohlenproduktion neu eingestellert werden müssen. Wäre es nicht ein heller Wahnsinn, in den Großstädten Mietstufen zu bauen und die Arbeitslosen in ihnen zu vermehren, wie es Haberland verlangt, wenn es in den Kohlenbezirken an Wohnungen und in den Großstädten an Koflen fehlt? Die Regierung muß daher ihre ganze Kraft auf einleiten, daß in den Kohlenbezirken Wohnungen gebaut werden und die verfügbaren Baustoffe dort hin geleitet werden, wo der dringendste Bedarf ist. Ein Schlaglicht: Hauptmann Schmitz hat zugesehen, was er mit einer arbeitstreibenden Schaar von Arbeitstufen in das Braunschweiger Braunkohlenrevier, um sie dort zu dauernder Arbeit anzusetzen. Die Arbeitsfreudigkeit droht dort nun in ihre Gegenteil umzuschlagen, weil diese Regierung diesen Pionieren der Arbeit hilft, sie dort anständig zu machen.

Wenn irgendwas ein Verbrechen an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist, dann ist es das unverantwortliche Geschehenlassen und das Nachhinken hinter der Bewegung. Die Regierung muß sich Ziele setzen und der Entwicklung um einen Schritt voranzugehen, weil zunächst und mit aller Kraft die lebenswichtigen Betriebe angehebert werden müssen, und das ist der Bergbau und die Landwirtschaft. Die Wohnungsbau in den Großstädten zu betreiben, ist durchaus eine Frage zweiten Grades, zweiter Dringlichkeit. Die Bauwirtschaft wird daher für das nächste Jahr überwiegend auf den Bau von Wohnungen in den Industriegebieten und auf dem flachen Lande einzustellen sein. Alle organisatorischen Maßnahmen der Regierung werden daher diesen Vorkontingen als Grundlage nehmen müssen.

Das zweite Problem: Wie haben wir die Arbeitsfreudigkeit? Durch den Bau von Mietstufen in den Großstädten gewiß nicht. Wo Arbeitslosigkeit herrscht, kann keine Arbeitsfreudigkeit gezüchtet werden. In den Bergbezirken und in der Landwirtschaft haben wir einen Mangel an Arbeitskräften. Sollte dort die Arbeitsfreudigkeit nicht gehoben werden durch eine innige Verwurzelung des Menschen mit Heim und Scholle? Ganz abgesehen von der

Verteidigung gewisser politischer und wirtschaftlicher Rechte, um die wir nicht herumkommen, ist es wohl wichtiger, dem Menschen diejenigen Menschenrechte zu gewähren, die ein eigenes Heim und eigener Boden so ungleich vollkommener und dauernder erfüllt als eine Wohnung in der licht- und luftlosen Mietstufen. Lassen wir die Arbeiter an ihrem eigenen Heim bauen und wir steigern die Arbeitsleistung auf den doppelten Betrag und geben dem Arbeiter die Möglichkeit, seine erzwungene Freiheit produktiv auszufüllen durch Arbeit auf eigenem Boden. Wir treiben ihn zur Selbstversorgung und machen ihn unabhängiger von den Nöten der Ernährung, wir ziehen ihn heraus aus den kulturlosen Vergnügungen der Großstadt und machen ihn zu einem Menschen, der auf festem Boden wurzelt. Müssen wir schon Hunderte von Millionen an Zuschüssen für den Bau von Wohnungen aufwenden, was liegt da näher, als daß wir diese Zuschüsse von Kräften verbauen lassen, die mit Begeisterung an ihrem eigenen Heim bauen? Geben wir die Zuschüsse im nächsten Jahr an Berg-, Bau- und Landarbeiter, die mit untrübnischer Lust und Freude ihre eigenen Kolonien bauen?

Das dritte Problem: Wir haben keine Baustoffe. Gewiß, die Not an Baumaterial ist eine Koflennot, die zunächst beseitigt werden muß. Aber soweit Baustoffe vorhanden sind, müssen sie planmäßig bewirtschaftet werden. Sie müssen dort hingeleitet werden, wo sie den größten volkswirtschaftlichen Nutzen haben: auf das flache Land und in die Bergbaubezirke. Das ist eine Organisationsfrage, und in der Organisation der Bauwirtschaft hat die Regierung selbst versagt. Wird sie im nächsten Jahre den elementarsten Anforderungen gerecht werden? Hat sie sich einen Plan ausgearbeitet? Dann hätte er heute schon bekannt sein müssen, damit die Bauwirtschaft sich auf ihn einstellen kann. Das ist nicht der Fall, und darum wird der Baumarkt mit den größten Sorgen in das neue Jahr gehen.

Was haben wir in diesem Jahre an der Bauwirtschaft zu beklagen gehabt? 1. Die ungenügende und systemlose Kohlenverteilung. Wir haben es erlebt, daß bald der Ziegelnindustrie, bald in Dachsteinarbeiten, bald den Kalkwerken und bald der Koflenindustrie zu wenig Kofle zugewiesen wurde, so daß die angefangenen Bauten aus Mangel an Material monatlang stillliegen oder das Material zu unerschwinglichen Preisen erworben werden mußte. 2. Die systemlose Bewirtschaftung der Bauten, die mangelnde Rücksichtnahme auf ihre Dringlichkeit. Kinoz, Theater, Museen wurden mit Baustoffen beliefert, obwohl die dringlichsten Wohnungsbauten aus Mangel an Baustoffen nicht gefördert werden konnten. 3. Den ungehemmten Schleichhandel und die Ausfuhr von Baustoffen. Die Bauwirtschaft wurde nicht von der Zentrale aus geleitet. Die Vermählungen des einen Ministeriums wurden durch die Politik des andern durchkreuzt. Wir haben inländisches Material aus dem Auslande wieder zurückgekauft. Der Absatz der Baustoffe wurde nicht kontrolliert. Die Preise nahmen eine völlig ungerechtfertigte Entwicklung. Was wir heute auf dem Holzmarkt erleben, ist ein öffentlicher Skandal, und wenn Norddeutschland im nächsten Jahre als Weichholzgebiet auftritt, dann muß unser inländischer Baumarkt zusammenbrechen. Melden kann uns in letzter Stunde nur noch ein kluger und bittaristischer Befugnis. Ist die Regierung auf der Suche nach einem solchen Kopfe? Die bisherige Politik läßt dies kaum erwarten: es sprechen sich keine Klagen darüber, daß sich die Regierung der Katastrophe bewußt ist, in der wir uns befinden, sonst würde sie handeln und schnell handeln.

Das vierte Problem: Wir haben kein Geld zum Bauen. Im verflochtenen Jahre haben Reich, Staat und Gemeinden über eine Milliarde Mark an verlorenen Baustoffzuschüssen aufgebracht. Alle Handlente und die Regierung sind sich darüber im Klaren, daß diese Geldwirtschaft nicht weitergeführt werden kann. Nur findet man nicht den Weg zu einer neuen Fundierung der Wohnungsbau-tätigkeit. Der Verfasser hat schon im Jahre 1916 darauf

hingewiesen, daß die Mittel für die Erstellung neuer Wohnungen durch eine Mietsteuer in der Form der Umlage auf die bestehenden Wohnungen flüssig gemacht werden müssen. Dieser Vorschlag wurde damals vom Hausbesitz, dem Terraingewerbe und dem deutschen Städtetag heftig bekämpft. Heute scheint sich die Lage zwangsläufig dahin geflärt zu haben, daß dieser Weg der Erhöhung der Mieten zugunsten einer Mietsteuer grundsätzlich der gegebene ist. Sowohl die Hausbesitzerorganisation wie auch Herr Haberland, als Vertreter des Terraingewerbes, haben die Mietsteuer aufgegriffen und empfohlen. Die Regierung findet aber nicht den parlamentarischen „Dreh“ für diese Steuer. Und in der Tat ist es nicht einfach, diese Finanzquelle zu erschließen, weil die Mieter nicht allein Objekt dieser Besteuerung sein wollen, sondern auch die Sicherung einer gesamtwirtschaftlichen Verwendung der erschlossenen Quelle haben müssen.

Die Schwierigkeiten, die sich dem Ausgleich dieser Interessengegensätze entgegenstellen, scheinen die Regierung in der Entscheidung zurück zu hemmen. Obgleich der Baumarkt heute bereits klar sehen müßte, um seine Vorbereitungen treffen zu können, obgleich die ganze Lage für eine Tat reif ist, dürfte die Regierung einer Entscheidung wohl doch ausweichen und ein Reformchen herausbringen, wo eine Reform das einzig Denkbare und Mögliche ist. Schon hören wir, daß man die Finanzierung der Arbeiterwohnungen im Industriegebiet durch einen Aufschlag auf den Koflenpreis erwirken will. Eine unmögliche indirekte Steuer, die die Baustoffe verteuert, das gesamte Wirtschaftslieben belastet, der einzig möglichen Finanzierung der Neubauten ausweicht und eine ganz unerlöse Lage schafft. Wir können uns den Luxus einer ziel- und planlosen Wirtschaft auch keinen Monat länger leisten. Die Wirtschaft muß geleitet werden und die Regierung muß führen, wenn sie den Wiederaufbau ernsthaft erstreben will. Es gibt für sie nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist sie Hammer oder Amboss.

### Sind die Löhne jetzt hoch?

Wer Gelegenheit hat, öfters Gespräche zu kaufen, in denen unsere jetzige Wirtschaftslage erörtert wird, der kann immer wieder hören: „Und dann bei den heutigen Arbeitslöhnen. Wo soll das hinführen? Wer soll da noch bauen oder sonst etwas für sich machen lassen?“ Dabei erfährt man recht oft, daß gerade Leute, die für sich schon verschiedentlich sogenannte Wirtschaftsbeteiligten, Geschäftsbeteiligungen usw. in Anspruch genommen haben, so reden. Das zeugt zunächst einmal von großem Mangel an Willigkeitsgefühl. Derartige Leute nehmen für sich das Recht zu fordern in Anspruch, wollen es aber den Arbeitern nicht zugestehen. Zum andern wird dadurch ihre Einsicht in unsere Volkswirtschaft gerade nicht in glänzendes Licht gestellt, sonst müßten sie sich sagen: wer nur knapp soviel verdient, um die rationierten Waren zu kaufen, der trägt wegen Mangels an Kaufkraft nicht zur Belebung der Gewerbetätigkeit bei.

In diesen Zeiten berührt es direkt wohlthuend, wenn jemand, der in den Kreisen der Volkswirtschaftler einen guten Ruf hat, die Frage, die wir diesem Artikel als Ueberbegriff voranstellen, nach eingehender Untersuchung verneint. Dr. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes von Berlin-Spandau, hat in seiner Schrift „Unsere Finanzen“ die Angelegenheit besprochen. Er sagte in dem Artikel: „Die Löhne sind jetzt bei uns hoch im Vergleich mit der Vorkriegszeit, aber sie sind niedrig gemessen an den Preisen und im Vergleich mit dem Auslande. In Nordeuropa, in England, in den Vereinigten Staaten sind die Löhne entsprechend der Verteuerung der Lebenshaltung durchschnittlich nur zwei Siebentel soviel wert wie das fremde Geld, hätte der Lohn bei uns auf das Siebentelste steigen müssen, um, an der fremden Währung gemessen, mit der Entwicklung des fremden Lohnes Schritt



zu halten. Tatsächlich ist aber der Stundenlohn nur etwa auf das Dreifache, der Wochenlohn nur etwa auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Vor 5 Jahren war der Stundenlohn der Maurer in den englischen Großstädten etwa eben so hoch wie bei uns, seit Februar-März 1919 beträgt er in London 1 Schilling 9 Pence, in Birmingham und Manchester 1 Schilling 8 Pence, das heißt rund M. 6 oder doppelt soviel wie in Berlin. In Schweden stieg der Wochenlohn von 1914 bis 1918 für die Maurer von Kr. 32 auf Kr. 64, für die Maler von Kr. 30 auf Kr. 60. In Stockholm stieg der Wochenlohn der Maurer von Kr. 38 auf Kr. 82, der der Maler von Kr. 40 auf Kr. 87. Er beträgt in Schweden also für diese Bauhandwerker rund M. 250 gegenüber M. 100 im Durchschnitt des Deutschen Reichs.

Vielfach sind die Löhne jetzt bei uns (in Papier) noch nicht einmal so hoch wie in den Vereinigten Staaten vor dem Kriege. Im Mai 1913 betrug der städtische Wochenlohn der großstädtischen Maurer Dollar 23,85 bis 38,50, das heißt M. 100 bis 162. Heute dürfte dort ein Wochenverdienst von M. 1000 (Dollar 60) für einen gelehrten Arbeiter nichts Seltenes sein. (Anmerkung der Redaktion: In den amerikanischen Großstädten haben die Maurer zurzeit einen Stundenlohn von Dollar 1 1/4, täglich Dollar 10, wöchentlich Dollar 60.) Ein deutscher Millionär, der auf den Gedanken käme, seine Rente drüben zu verzehren, müßte sich also zunächst mit der Lebenshaltung eines gelehrten Arbeiters begnügen, was gegenüber jetzt zwar eine Verbesserung in seiner Ernährung, in den meisten andern Beziehungen aber eine erhebliche Einschränkung bedeuten würde.

Mißt man den heutigen Arbeitslohn an der Vorkriegswaluta (was wenig Sinn hat), so erscheint er bei uns höher als in Nord- und Westeuropa, aber nur etwa halb so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Mißt man den heutigen Arbeitslohn an der heutigen Waluta, das heißt vergleicht man die tatsächlichen Nominallöhne, so erscheint er bei uns noch nicht halb so hoch wie in Nord- und Westeuropa und vielleicht nur ein Sechstel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Mißt man den heutigen Arbeitslohn an den Kosten der Lebenshaltung, das heißt vergleicht man die Reallohn, so erscheint er bei uns vielleicht um zwei Fünftel geringer als in Nord- und Westeuropa und vielleicht ein Viertel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Nehmen wir der Einfachheit halber an, ein Tagelohn von 5 Schilling sei in England vor dem Kriege nur ein ebenso hoher Reallohn gewesen wie ein Tagelohn von M. 5 in Deutschland. Nehmen wir weiter an, der Tagelohn sei in England auf 10 Schilling, in Deutschland auf M. 13 gestiegen, und die Lebenshaltung sei heute in England zweimal, in Deutschland dreieinhalbmal so teuer wie vor dem Kriege, so würden sich die Reallohn in England und Deutschland jetzt wie  $\frac{10}{2} = \frac{5}{1}$  zu  $\frac{13}{4,5} = \frac{2,89}{1}$  verhalten. Mißt man endlich den heutigen Arbeitslohn an der Arbeitsleistung, das heißt vergleicht man, was ein Arbeiter für M. 1, 25 Ders, 3 1/2 Pence, 6 Cents leistet, so erscheint er bei uns wesentlich niedriger als in Nord- und Westeuropa und in England und wohl sogar nur ein Drittel so hoch wie in den Vereinigten Staaten.

Wie hilflos selbst hervorragende Praktiker bei uns sind, wenn sie solche weltwirtschaftlichen Zusammenhänge untersuchen, dafür hat ein Beispiel. In einem in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ gehaltenen, in der „Demokratie“ vom 25. Juni 1919 veröffentlichten Vortrag „Die Zukunft der deutschen Finanzen“ sagte der Direktor der Deutschen Bank, Wassermann: „Vor dem Kriege wurden in Oberösterreich den Bergarbeitern für die Schicht im Durchschnitt M. 4,50 Lohn bezahlt. Der Arbeiter forderte dabei durchschnittlich eine Tonne Kohlen pro Schicht. Heute beträgt der Schichtlohn durchschnittlich M. 13,50, also das Dreifache, und da unsere Waluta auch im Ausland nur ein Drittel wert ist, so wären wir jetzt nicht weniger, aber auch nicht mehr konkurrenzfähig als vor dem Kriege, wenn der Arbeiter auch jetzt noch eine Tonne pro Schicht fördern würde. Das tut er aber nicht; er fördert nur 2/3 Tonnen.“ Wassermann weiß nicht oder vergißt, daß in England die Löhne auf das Doppelte gestiegen sind, so daß wir bei unveränderter Leistung nicht eben so, sondern doppelt so „konkurrenzfähig“ wären als vor dem Kriege. Nehmen wir an, die Leistung sei bei uns um 1/2, in England um 1/3 gesunken, so wäre unsere „Konkurrenzfähigkeit“ gegenüber England im Verhältnis von 10 zu 7 zu unsern Gunsten verschoben. Selbstverständlich sind die Fälle viel zahlreicher, in denen die Lohnverhältnisse absichtlich falsch dargestellt werden, wie zum Beispiel in folgender in den amtlichen Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ vom 31. Juli dieses Jahres veröffentlichten Mitteilung aus Nürnberg über die Textilindustrie: „Die Löhne haben eine Höhe erreicht, die jeden Wettbewerb mit dem Ausland unmöglich machen und die deutsche Industrie, wenn nicht ganz andere Verhältnisse eintreten, wohl von jeder Aussicht ausschließen werden.“ Nimmt man an, der deutsche Arbeiter habe vor dem Kriege für einen Tagelohn

von M. 5 (Dollar 1,19) 100 Einheiten hergestellt, der amerikanische Arbeiter für einen Tagelohn von M. 15 (Dollar 3,57) 150 Einheiten, und nimmt man weiter an, der deutsche Arbeiter stelle heute für einen Tagelohn von M. 13 nur 50 Einheiten her, der amerikanische Arbeiter für einen Tagelohn von M. 115 wieder 150 Einheiten, so wäre die Leistung des Deutschen, am Dollar gemessen, vor dem Kriege doppelt und heute dreimal so groß, als die des Amerikaners.

Die Vorteile, die den deutschen Unternehmern daraus erwachsen, daß ihnen jetzt relativ billige Arbeitskräfte in beliebiger Menge zur Verfügung stehen, und daß ihnen im Wettbewerb mit dem Ausland noch ein weiter Spielraum für Lohnherabsetzungen verbleibt, werden aber dadurch aufgewogen, daß sie infolge der geringen Leistung des einzelnen Arbeiters ihre Werkstätten, ihre Maschinen usw. nicht voll ausnützen können. Ihre Lage wäre erst dann wirklich günstig, wenn sie die heutigen Löhne verdoppeln und die Arbeiter gleichzeitig ihre Leistungen verdoppeln würden. Wenn jetzt so viele Unternehmer wie gebaut auf die hohen Geldlöhne blicken und nicht begreifen, daß der Arbeiter, dessen Reallohn nur etwa halb so hoch ist wie vor dem Kriege, viel weniger leistet als früher, so liegt das vor allem daran, daß sie stets in dem Nominallohn einen starken Faktor gesehen haben, der nur zu ihren Ungunsten erhöht werden könnte. Sie wußten es nicht oder wollten es nicht wahr haben, daß nun in den Vereinigten Staaten nicht teurer baute als bei uns, auch wenn der Lohn für das Legen von 1000 Ziegeln das Doppelte betrug. Und nie war es ihnen eingegangen, daß eine Vorauszahlung für den Aufschwung der amerikanischen Industrie eben die hohen Löhne waren, die zu den gewaltigen Fortschritten in Technik und Organisation zwangen.

Weichen die Reallohn bei uns so niedrig wie sie sind, dann werden uns die andern Länder auch auf technischem Gebiet den Rang ablaufen. Was wir brauchen, und was wir nicht haben, sind anständige Reallohn, und anständige Arbeitsleistungen. Die wichtigste, nicht die einzige Vorbedingung dafür ist eine auskömmliche Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Dieser Ausspruch des Herrn Dr. Kuczynski enthält bittere Wahrheiten. Nicht für uns, weil wir seit Monaten das gleiche gesagt haben, ohne damit viel Anklang zu finden. Aber bitter für die deutschen Unternehmer, für deutsche Politiker, Staatsmänner, Journalisten aller Parteien. Sie haben während eines Jahres ihre Hauptaufgabe darin erblickt, den deutschen Arbeitern zu predigen, man solle die Revolution nicht zu einer Lohnbewegung machen. Durch die fortgesetzten Lohnsteigerungen usw. würde die Industrie ruiniert und was an dergleichen Nebenarten mehr mit weißbrotteiler Miene verkagt wurde. Sozialdemokraten haben jene Rolle übernommen, die früher die Konservativen hatten; sie wurden staatsfeindlich. Damit übernahmen sie aber ganz unangenehme einen Teil der volkswirtschaftlichen Dummheiten der Reaktionäre und schädigten dadurch auch das Volk genau in der gleichen Weise wie jene. Wenn nicht schnell eine Besserung eintritt, so wird die deutsche Arbeiterschaft dauernd auf jenes Niveau herabgedrückt, das früher die indischen und chinesischen Arbeiter in der Textilindustrie hatten; denn eine schließliche soziale, wirtschaftliche und politische Arbeiterfront kann nicht soviel leisten wie ihre bestgestellten ausländischen Konkurrenten. Die Einsicht der deutschen Unternehmer haben wir in dieser Hinsicht nie hoch geschätzt. Sie erblickten von jeher ihre Hauptaufgabe darin, die Arbeiterlöhne unter allen Umständen niedrig zu halten, ohne dabei das Ergebnis einer derartigen Politik zu bedenken. Von den Schriftstellern aber, die volkswirtschaftliche und politische Artikel verfassten, hätte man billigerweise erwarten dürfen, daß sie denken, bevor sie schreiben.

**Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs.**

**Verhandlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern gescheitert.**

Die französische Regierung drängt darauf, daß ihr von der deutschen Regierung bestimmte Vorschläge über den Wiederaufbau Nordfrankreichs gemacht werden. Die deutsche Regierung will solche Vorschläge machen, sie glaubte das aber begrifflicherweise nicht zu können, ohne sich zuvor mit den Arbeiter- und Arbeitgeberverbänden ins Benehmen gesetzt und deren Wünsche und Vorschläge zum Wiederaufbau gehört zu haben. Aus diesem Grunde regte der Wiederaufbauminister Dr. Weslfer am 6. November bei der Zentralarbeitsgemeinschaft die Einsetzung einer Kommission aus Arbeiter- und Arbeitgebervertretern an, die ihm bis zum 20. November Vorschläge über: 1. Arbeitsvertrag und Arbeitsvermittlung; 2. Wohnsicherheitsbedingungen; 3. Vergütung der Arbeiter beim Wiederaufbau machen sollte.

Die Kommission wurde eingesetzt. Sie sollte bestehen aus je 5 Arbeiter- und Arbeitgebervertretern des engeren Baugewerbes und je 4 Vertretern der übrigen beim Wiederaufbau in Frage kommenden Berufe. Es nehmen jedoch immer einige Personen mehr an den Verhandlungen teil. Unser Verband war — in Abwesenheit des Verbandsvorsitzenden, der sich zurzeit in Frankreich befand — durch den Kollegen Ellinger vertreten; außerdem nahm Kollege Max Anton an einigen Sitzungen teil. Der Zimmererverband war vertreten durch Will, der christliche Bauarbeiterverband durch Wiedeburg, der Bund der technischen Angestellten und Beamten teils durch Herrn Kaufmann, teils durch Herrn Würdemann. Von Gewerkschaftsbund nahm als Vertreter der Zentralarbeitsgemeinschaft Kollege Kube (Zimmerer) an den Verhandlungen teil. Ferner war in der Kommission vertreten: der Fabrikarbeiterverband durch W r u n s, der Metallarbeiterverband durch W e d e r, der Holzarbeiterverband teils durch R e u m a n n, teils durch T a r n o w. An einigen Sitzungen nahm auch ein Vertreter des Verbandes der Maschinisten und Feiler teil. Die Arbeitgebervertreter wiesen in den einzelnen Sitzungen eine ziemlich wechselnde Zusammensetzung auf. An den gemeinsamen Sitzungen, die im Bureau des Verbandes der Bauingenieure in Berlin stattfanden, nahmen zum Zweck der Information auch Vertreter des Wiederaufbauministeriums beziehungsweise des Reichskommissars für den Wiederaufbau teil.

Es haben im ganzen drei gemeinsame Sitzungen stattgefunden, die erste am 17., die zweite am 22. und die dritte am 28. November. Die Hauptarbeit wurde jedoch, wenigstens auf Arbeiterseite, in Sitzungen geleistet, die die Arbeitgebervertreter unter sich abhielten.

Die Arbeitgebervertreter gingen bei ihrer Stellungnahme zur Wiederaufbaufrage davon aus, daß Deutschland einen Teil der zerstörten Gebiete wieder aufbauen müsse, schon um unsere Gefangenen rasch frei zu bekommen, und um die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu bessern. Sie haben aber den Wunsch, und machen es zur Bedingung für die Mitarbeit der Arbeiterorganisationen, daß die Mitwirkung Deutschlands beim Wiederaufbau in Formen stattfindet, die die Freiheit der mitwirkenden Arbeiter gewährleistet, den Arbeitern eine gewisse Lebenshaltung garantiert, und sie den deutschen Berufsangehörigen und einem weitergehenden Schutz des Deutschen Reiches unterstellt. Einer Verflauung deutscher Arbeiter, ihrer Heranziehung zu Fronarbeiten bei französischen oder sonstigen Unternehmern, wie sich das wohl manche französischen Nationalisten erträumen, würden sich die deutschen Arbeitgebervertreter aufs äußerste widersetzen. Ebenso würden sie es ablehnen, ihren Mitgliedern die Arbeitsaufnahme in Nordfrankreich zu empfehlen, wenn sich deutsche Unternehmer auf eigene Faust um Arbeiter in Nordfrankreich bewerben sollten, weil in diesen Fällen den Arbeitern die unbedingt nötigen sozialen und sonstigen Sicherheiten durch das Reich nicht gegeben wären. Die Vertreter der deutschen Arbeitgeberverbände sind ferner der Meinung, daß das Wiederaufbaugeschäft, soweit es Deutschland zu zahlen hat und soweit die Arbeit von Deutschen ausgeführt wird, nicht dazu ausgenutzt werden darf, um Kapitalisten auf Kosten des Reiches oder der Arbeiter Uebergewinne in den Schoß zu werfen. Aus diesem und aus den bereits angeführten sozialen Gründen wünschen sie, daß das Deutsche Reich die von Deutschen auszuführenden Arbeiten als Generalunternehmer selbst übernimmt und bei der Arbeitsausführung den Arbeitern eine Lebenshaltung und soziale Sicherheit garantiert, die derjenigen in Deutschland mindestens nicht nachsehen darf.

Was die Unternehmungsformen anbelangt, an die das Deutsche Reich die von ihm zu übernehmenden Arbeiten — soweit es sie nicht in eigener Regie auf neuer wirtschaftlicher Grundlage ausführt — zur Ausführung zu vergeben hätte, so sind die Arbeitgebervertreter der Meinung, daß soweit als irgendwie möglich sozialisierte Bauunterriebe — die als Treuhandbetriebe des Reiches zu gelten hätten — sowie Produktionsgenossenschaften deutscher Bauarbeiter usw. heranzuziehen sind. Soweit das Privatunternehmertum bei der Arbeitsausführung nicht entbehrt werden kann, sollen seine Gewinne beschränkt und vom Reich kontrolliert werden.

Während der ersten Sitzung der Kommission legten die Arbeitgebervertreter schriftlich formulierte Vorschläge in vorstehend geschildertem Sinne vor, die zugleich auch die sozialen und rechtlichen Forderungen der Arbeiter sowie das Muster eines Tarifvertrages für den Wiederaufbau enthielten und die vom Kollegen Ellinger begründet wurden. Die Vorschläge waren so gefaßt, daß sie später ohne große Änderungen die Grundlage zum Abschluß eines Vertrages mit der Reichsregierung bilden geben können.

Die Arbeitgebervertreter hatten keine Vorschläge ausgearbeitet. Ihr erster Redner, Herr Dr. Nieperl, erklärte sich in weitgehendem Maße mit den Forderungen der Arbeiter einverstanden. Es fiel selbstverständlich, sagte er, daß beim Wiederaufbau keine großen Gewinne gemacht werden dürfen. Er habe nichts gegen die Zulassung sozialisierter Betriebe; man sollte alle Unternehmungsformen beim Wiederaufbau mit betätigen lassen. Die Erfüllung vieler Forderungen der Arbeiter sei selbstverständlich, es sollte deshalb durchaus möglich sein, auf Grund der erhobenen Forderungen zu einer Einigung zu kommen. Der Zweck unseres ganzen Strebens

müsse sein, dem deutschen Vaterland die auszuführende Arbeit möglichst billig zu machen.

Direktor Dietrich vom Tiefbauarbeiterverband wandte sich gegen die staatliche Regierarbeit, die zu teuer sei. Die Privatunternehmer seien nicht anzuschalten, jedoch würde sein Verband Ueberforderungen aufschärfen bekämpfen und auf entschlossenste dafür eintreten, daß kein kapitalistischer Uebergewinn gemacht werde.

Nach diesen Ausführungen hatte es den Anschein, als ob eine Einigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern und die Einreichung gemeinsamer Vorschläge an den Minister wohl möglich sei. Ueber die weitere Behandlung der Sache wurden von Arbeitgeberseite zwei verschiedene Vorschläge gemacht. Der eine wollte die Bildung von 3 Unterkommissionen, die die Fragen im einzelnen klären und dann der Hauptkommission Vorschläge machen sollten. Der zweite Vorschlag ging dahin, die Sache zunächst zur Klärung der Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe zu überweisen.

Die Bildung von 3 Kommissionen hielten die Vertreter nicht für zweckmäßig, da bereits einschlägige Vorschläge vorliegen, die nicht gut auseinandergerissen werden könnten. Der Uebertragung der Sache an die Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe dagegen stimmten sie zu. Nun erklärte aber Herr Dr. Froehner, die Arbeitgebervertreter des Baugewerbes könnten sich in den nächsten 4 Tagen überhaupt nicht mit der Sache befassen, weil sie durch die zentralen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium und die Sitzung des Haupttarifamtes daran verhindert seien. Somit war es nicht möglich, dem Wiederaufbauminister bis zum 20. November Vorschläge einzureichen. Es wurde dann, nachdem der Minister Frist bis zum 24. November gegeben hatte, beschlossen, am 22. November in der Kommission weiterzuerhandeln. Inzwischen sollten die Arbeitgebervertreter unter sich zu den Vorschlägen der Arbeitervertreter Stellung nehmen.

Bis zur Sitzung am 22. November hatte sich der Sinn der Unternehmer völlig gewandelt. Herr Dr. Mielenz erklärte in ihrem Namen, die von den Arbeitervertretern vorgeschlagenen Vorschläge böten keine geeigneten Grundlagen, um darauf gemeinsame Arbeit aufbauen zu können. Er halte, namens der Unternehmer, an diesen Vorschlägen sehr viel auszuführen. Insbesondere wünschte er, daß es auch einzelnen Unternehmern gestattet werden müsse, unter Umgehung des Reiches Arbeiten selbständig von Frankreich zu übernehmen. Es war sofort zu merken: in der Zwischenzeit hatten die Unternehmer gesagt, die in der Uebernahme der Arbeiten durch das Reich für ihren Gewinn und Bekundigung eine Fessel sehen und die deshalb auf eigene Faust Geschäfte machen möchten. Es sind das insbesondere gewisse Großfirmen, die auf diese Weise größere Gewinne zu ziehen hoffen, als sie ihnen das Reich bei den von ihm übernommenen Arbeiten zubilligen würde.

Die Regierarbeit beim Wiederaufbau lehnten die Unternehmer rundweg ab, auch in der von den Arbeitern vorgeschlagenen Form, wonach die Arbeit vom Reich unter Lieferung von Bauplänen, Baustoffen, Werkzeugen, Maschinen usw. zu festen Preisen an Arbeiter oder Produktionsgemeinschaften zu vergeben wären. Auch die Zulassung sozialistischer Baubetriebe und Produktionsgemeinschaften wollten sie der Regierung nicht vorschlagen. Lasse sie die Regierung gleichwohl zu, dann dürften ihnen keine besseren Bedingungen gewährt werden, als den Privatunternehmern. Damit, daß eine Vereinerung des einzelnen ausgeschlossen werde, seien die Unternehmer einverstanden, sie könnten aber keine Vorschläge machen, wie das zu verhindern sei. Die von den Arbeitern erhobenen sozialpolitischen Forderungen interessierten die Arbeitgeber nicht, wenn die Arbeiterverbände einen derartigen Vertrag mit dem Reich abschließen, würden sie keinen Einwand dagegen erheben. Zur Vereinbarung von Lohn- und Arbeitsbedingungen fürs Wiederaufbaugeschehen seien die Arbeitgeberverbände bereit.

Nach einer längeren Aussprache, in der die Vertreter der Arbeiter die Vertreter der Unternehmer nicht darüber im Zweifel ließen, daß sie Klagensteller aufschärfen bekämpfen würden, und in denen sie zu den sonstigen Ausführungen der Unternehmer Stellung nahmen, auch Vorschläge für die Beschränkung der Gewinne machten, stand man vor dem Abbruch der Verhandlungen. Die Unternehmervertreter erklärten, daß sie kein Mandat zu weiteren Verhandlungen über die ersten Forderungen der Arbeiter (Arbeitsübernahme, Arbeitsvergebung, Betriebsform usw.) hätten, und daß sie ihre Vorschläge dem Minister gesondert einreichen würden. Die Arbeitervertreter, die schon in der ersten Sitzung im Ausblick gestellt hatten, daß sie beim Nichtzustandekommen gemeinsamer Vorschläge eigene, von den eingereichten etwas abweichende Vorschläge einreichen würden, gingen darauf ihre Vorschläge zurück und schickten ebenfalls die Einreichung neuer Vorschläge an. Als aber dann ein Vertreter des Ministers wiederholt darauf hingewiesen hatte, daß für den Herrn Minister gesonderte Vorschläge keinen Wert hätten und daß der Minister bereit sei, die Frist zur Einreichung gemeinsamer Vorschläge abermals zu verlängern, wurde die Weiterberatung auf den 26. November vertagt. Zu der Zwischenzeit sollten die Arbeitgebervertreter ihre Vorschläge den Arbeitervertretern ebenfalls schriftlich vorlegen.

Als die Arbeitervertreter die schriftlich formulierten Vorschläge der Arbeitgeber bekamen, wußten sie sofort, daß eine Einigung kaum möglich sein werde. Nichtsdestoweniger machten sie aber einen ersten Versuch. Allein schon bei der ersten Siffier des Unternehmervorschlages kamen die Verhandlungen zum Scheitern. Die Arbeitgebervertreter bestanden darauf, daß es auch privaten Unternehmern gestattet sein müsse, von französischen Behörden und Privaten direkt Arbeiten zu übernehmen, soweit diese Arbeiten vom Reich nicht als Generalunternehmer übernommen würden. Die Arbeitervertreter lehnten diese Forderung als reichs- und arbeitschädigend rundweg ab, weil sie wissen, daß sonst die kapitalistische Gewinnsucht Orgien feiere und eine öffentliche Kontrolle der Arbeiten ebenso unmöglich gemacht würde wie die vom Reich verlangten Wohlfahrtsmaßnahmen für die Wiederaufbauarbeiter. Als die Arbeitervertreter ihre ablehnende Erklärung abgegeben hatten, erklärten die Vertreter der Arbeitgeber weitere Verhandlungen für zwecklos. Darauf wurde folgender gemeinsamer Bericht an den Minister verfaßt:

An das Reichsministerium für Wiederaufbau. Die Verhandlungen über die dem Herrn Minister auf die in Schreiben an die Zentralarbeitsgemeinschaft vom ... gestellten Fragen zu erzielende Antwort sind daran gescheitert, daß sich die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht darüber einigen konnten, ob nur das Reich als Generalunternehmer Arbeiten von Frankreich übernehmen solle.

Die Vertreter der Arbeiter wünschen, daß nur das Reich Arbeiten in Frankreich übernehme, und sie entweder auf eigene Rechnung ausführe, oder sozialisierte Baubetriebe, Produktivgenossenschaften und an private Unternehmer zur Ausführung vergeben solle; die Vertreter der Arbeitgeber dagegen wünschten, daß, soweit das Reich nicht als Generalunternehmer auftritt, neben dem Reich auch private Unternehmer von französischen Behörden und Privaten Arbeiten direkt übernehmen könnten.

Die Arbeiter und Arbeitgeber werden nun dem Wiederaufbauminister ihre Vorschläge gesondert einreichen, und zwar die Arbeitervertreter erst dann, wenn die Organisationsvorstände die Vorschläge zur Kenntnis genommen und gebilligt haben, was etwa Mitte Dezember geschehen sein kann.

Warnung für Bauarbeiter aller Art!

Wie wir hören, sind einzelne Baufirmen bereits jetzt bemüht, unter Umgehung der Reichsregierung von französischen Behörden oder als Subunternehmer von französischen Firmen in Nordfrankreich auf eigene Faust Arbeit zu erhalten. Durch ein derartiges Vorgehen werden die Interessen der deutschen Bauarbeiter auf schwerste Weise gefährdet. Es werden dadurch die Verhandlungen der deutschen mit der französischen Regierung wegen Anerkennung unserer sozialpolitischen Forderungen erschwert und möglicherweise wird der Abschluß eines Abkommens mit der französischen Regierung vereitelt. Wir erwarten deshalb, daß sich kein Bauarbeiter für Arbeiten in Frankreich und Belgien anwerben läßt, bevor nicht die sozialen und sonstigen Rechte der nach Frankreich gehenden Arbeiter durch Vertrag gesichert sind und bevor die Arbeiterverbände ihre Zustimmung zur Arbeitsaufnahme in den zerstörten Gebieten gegeben haben. Wir wollen Nordfrankreich wieder mit aufbauen helfen; aber wir wollen das nur tun als freie Männer unter dem Schutze der deutschen Republik.

Bauarbeitergenossenschaften in Italien.

Von L. Woffi, Karlsruhe.

Die meisten Genossenschaften haben in ihrem Statut eine Bestimmung, wonach nur Angehörige des betreffenden Berufes als Mitglieder aufgenommen werden dürfen. Diese Bestimmung stellt eine Schutzmaßnahme dar, die verhindern soll, daß die Genossenschaft von Einzelpersonen oder Interessengruppen zu eigennützigen Zwecken mißbraucht werden kann, eine Gefahr, die in Italien mehr als anderswo vorhanden ist.

Allerdings liegt in dieser Abgeschlossenheit auch wieder eine Gefahr, nämlich die der Sturzung des idealen Genossenschaftsgedankens zu einer gewöhnlichen Affordgesellschaft mit unethischem Egoismus. Natürlich sind besondere Fälle auch in Italien gar nicht so selten gewesen. Ein Gegenbeispiel dagegen gibt die innige Verbindung zwischen deutscher Gewerkschaft und Genossenschaft, wie sie in den neapolitaner und emilianischen Genossenschaften besteht, wo die Führer der ersteren zugleich in Verwaltungsrat der letzteren tätig sind.

Der innere Aufbau der Genossenschaft gliedert sich in der Regel folgendermaßen: 1. Generalversammlung; 2. Verwaltungsrat; 3. Schiedsgericht; 4. Beirat.

Der Verwaltungsrat führt die Geschäfte und bestimmt oder beruft nötigenfalls einen angestellten Direktor des Unternehmens. Die Schiedsrichter sichten alle Streitigkeiten, die zwischen den Mitgliedern unter sich oder

ihnen und der Genossenschaft entstehen, meist endgültig und unter Ausschaltung der bürgerlichen Gerichtsbarkeit.

Der Beirat (Sindaci, Rechtsbeistände) überwaht den Verwaltungsrat, nimmt an dessen Sitzungen mit beratender Stimme teil, prüft die Bilanzen, läßt also im großen und ganzen die Tätigkeit eines Ruffiduciario aus, natürlich ehrenamtlich. Er besteht aber fast immer in seiner Mehrzahl aus Nichtmitgliedern der Genossenschaft, aus Rechtsanwält, Verwaltungsratsmitgliedern usw.; ihnen und ihren Sachkenntnissen haben die Genossenschaften sehr viel zu danken. Diese Tatsache ist, nebenbei bemerkt, ein Zeichen wahrer demokratischer Kultur, ehrend sowohl für die Männer, die sich ungenügend in den Dienst der Sache stellen, als auch für die Vorreistelligkeit des öffentlichen Lebens; denn diese Leute sind nicht immer Sozialisten. In Deutschland wäre es etwa von 1918 nicht möglich gewesen.

Die Verteilung des Reingewinnes ist so geregelt, daß im allgemeinen die Anteile der Genossen nur mit 1/20 vergütet werden dürfen. Neben den üblichen Anwendungen aus der Reservefonds usw. wird in der Regel ein erheblicher Prozentsatz der Reingewinnes an einen besonderen Unterstützungsfonds zugunsten der Mitglieder abgeführt. Der übrige Teil wird gleichmäßig unter die bei der Genossenschaft beschäftigten Genossen verteilt, und zwar nach Maßgabe der geleisteten Arbeitszeit. Das gilt sowohl für Mitglieder wie für die ausschließlich beschäftigten Nichtmitglieder. Diese Verteilungsweise ist durch Gesetz vorgeschrieben. Aber schon im Jahre 1900 ließ der Landesverband der italienischen Genossenschaften eine Kundfrage an seine Mitglieder ergehen, deren Ergebnis dahin ging, daß die Befragten fast einstimmig der Ansicht waren, diese Vorschrift solle beibehalten werden. Sie sei von Gesetzgeber erlassen worden zum Schutze gegen Ausbeutung der Nicht-Genossenschafter durch die Genossenschafter; in der Wirklichkeit habe sich aber die Sache so entwickelt, daß eigentlich die letzteren durch die ersten ausgebeutet würden, indem die Nichtmitglieder den Genossenschaftern das Risiko und die Opfer allein überließen und sich nur zur Arbeit drängten, um am Ueberflusse teilzunehmen zu können. So manche Genossenschaft habe sich aus Mangel an Mitteln nicht richtig entwickeln können, weil sich die große Masse von der Mitgliedschaft und der Zahlung der Anteile drückte, indem sie sich für die je auch oft in den Genuß der Vorteile der genossenschaftlichen Organisation konnte.

Zu der Zwischenzeit scheint diese Bestimmung gefallen zu sein, denn im Statut der Turiner Maurergewerkschaft von 1910 findet sich die Bestimmung, daß der Anteil der Nichtmitglieder an den Unterstützungsfonds abgeführt wird.

Wir scheint es ebenfalls nicht richtig zu sein, daß die Nichtmitglieder der Genossenschaft, die zeitweise bei ihr beschäftigt sind, am Gewinn teilnehmen sollen. Sie haben ja ebenfalls die Möglichkeit, Mitglieder zu werden. Tun sie das nicht, dann lassen sie sich in 99 von 100 Fällen von denselben Gründen leiten, wie die Herren Unorganisierten, die zwar recht gerne die von der Gewerkschaft erzwungenen Lohnschätzungen einsehen, von Beiträgen zu die Gesellschaft aber nichts wissen wollen. Diesem Egoismus sollte man keinen Vorwurf leisten.

Im Allgemeinen läßt sich sagen, daß die italienischen Produktivgenossenschaften des Baugewerbes vor allem bestrebt sind, dem Mangel an entsprechender sozialer Gesetzgebung ihres Landes wenigstens für den Kreis ihrer Mitglieder abzuhelfen, indem sie ihre Reingewinne in weitgehendstem Maße zu deren Unterstützung bei Krankheit und Invalidität verwenden. Einen Schritt weiter sind, wie schon im letzten Artikel angedeutet, die Mailänder Bauarbeitergenossenschaften gegangen, die sich 1906 zu einem örtlichen Verbande zusammengeschlossen haben. Im Jahresbericht dieses Verbandes für 1907/08 finden sich folgende Angaben. Dem Verbande gehörten an:

Table with columns: Genossenschaft, Mitgliederzahl, Vermögen (1905, 1907), Umsatz (1905, 1907). Rows include: Bauarbeiter, Holzarbeiter, Steinmetzen, etc.

Außerdem waren dem Verbande noch 17 andere Genossenschaften angeschlossen, darunter eine Produktivgenossenschaft der Buchdrucker, eine solche der Gerber, der Fleischer, Schneider, etc.

Der Verband hatte sich vor allem die Aufgabe gestellt, den angeschlossenen Genossenschaften in ihren Verwaltungsarbeiten behilflich zu sein durch sachverständigen Rat und durch Überwachung ihrer Durchführung. Daneben diente die Verbandskasse als Geldgeber und Vorstufbank für die finanziell am schwächsten fundierten Genossenschaften. In den ersten beiden Geschäftsjahren war der Kredit auf 700 Lire beschränkt und nur kurzfristig. Im Jahresbericht, dem diese Angaben entnommen sind, ist aber gesagt, daß dieser Geschäftszweig weiter ausgebaut werden sollte zu einem wirklichen Genossenschafts-Kreditinstitut, mit einem Anfangskapital von 30 000 Lire. Zu erwähnen wäre noch, daß die Verbandskasse bei Bedarf für die angeschlossenen Genossenschaften die bei übernommenen Lieferungen vom Auftraggeber etwa verlangten Garantiesummen vorstieß oder dafür guthabte.

Ferner bestand noch eine Rechtsfachabteilung, die den angeschlossenen Genossenschaften Beihilfe leistete, hauptsächlich bei der Eintreibung von Außenständen und bei der Abfassung der Verträge. Nachahmenswert ist auf jeden Fall auch eine weitere Einrichtung: die Erteilung von Unterricht in den Elementarkenntnissen der Durchführung an die führenden Mitglieder der einzelnen Genossenschaften, um sie in die Lage zu versetzen, sich aus den Büchern ihres Betriebes eine Uebersicht über dessen Stand zu verschaffen.

Der Verband der Mailänder Genossenschaften übernahm im Jahre 1907 die Ausführung folgender Arbeiten:

1. Arbeiterwohnhäuser in der Via Mac Mahon; ein vierstöckiger Bau und 11 Einzelhäuser mit zusammen 400 Wohnräumen;
2. die Instandsetzungs- und Unterhaltungsarbeiten von ungefähr einem halben Hundert Straßen der Stadtgemeinde Mailand;
3. den Bau von Abwasserkanälen in verschiedenen Straßen der Stadt.

Es würde zu weit führen, auf die Einzelheiten hier einzugehen. Nur eines möchte ich erwähnen: Bei dem Bau der Wohnhäuser hatten die einzelnen Bauarbeitergenossenschaften die für sie in Frage kommenden Arbeiten direkt von der Bauherrin, der Stadt Mailand, übernommen, während bei den anderen Arbeiten der Verband die Gesamtarbeit übernahm und die Genossenschaften zur Ausführung heranzog. Die erstere Form der Übernahme der Arbeiten brachte für die einzelnen Genossenschaften verschiedene Schwierigkeiten mit sich, so daß der Verband schließlich immer als Generalunternehmer aufzutreten. Interessant ist auch noch der Umstand, daß das Material zu den Straßen-Instandsetzungsarbeiten, also Sandsteine, Klinksteine usw., von der Genossenschaft der Steinmetzen am Lago Maggiore geliefert wurde, die dort zwei Steinbrüche auf eigene Rechnung betrieb.

Eine weitere Stufe in der Entwicklung der Produktionsgenossenschaften bildet ein Gesetz, das im Jahre 1909 erlassen worden ist und ihnen das Recht gibt, sich zur Ausführung von größeren Arbeiten zu vereinigen (Consorzio). Dieser Schritt wurde unternommen, um den Wiederaufbau der durch die Erdbebenkatastrophe zerstörten Gebiete (Messina usw.) zu beschleunigen und dort die bereits in Erscheinung getretenen Korruptionsangelegenheiten bei der Vergütung und Ausführung der Arbeiten zu beseitigen.

### Arbeitszwang oder Freiwilligkeit?

In jedem Menschen steckt ein starker Drang zur Freiheit, weshalb wir jeden Zwang unangenehm empfinden, weil er uns in der freien Betätigung unseres Willens beschränkt. Leider sind die Unterworfenen seit Jahrtausenden in rechtlicher und wirtschaftlicher Unfreiheit erhalten worden, aber sie haben sich auch seit Jahrtausenden gegen ihre Unterdrückung durch die herrschenden Klassen empört, und mit Ausnutzung all ihrer Kräfte haben sie um ihre Befreiung gekämpft. Daß dieser Befreiungskampf erfolgreich gewesen ist, wenn er auch noch nicht den vollen Erfolg gehabt hat, ist allgemein bekannt, und dies gibt uns den Ansporn, im Kampfe um die Freiheit nicht zu erlahmen, sondern bis zum endgültigen Siege weiter zu kämpfen. Wir dürfen und wollen nicht eher ruhen und rasten, bis das Banner der Freiheit über uns weht.

Im Altertum herrschte die Zwangsarbeit. Die Sklaven waren rechtlos und Eigentum ihres Herrn, der nach Laune und Willkür über sie verfügen durfte. Sie hatten keinen eigenen Willen, sie standen vielmehr unter der Fuchtel ihres Eigentümers und wurden wie das Vieh mit der Peitsche an die Arbeit getrieben. Das änderte sich im Laufe der Zeiten, und die Entwicklung ging so weit, daß zuletzt die Freiheit der Arbeit proklamiert wurde. Der moderne Kapitalismus sprach vom freien Arbeiter, der das freie Verfügungsrecht hatte über seine Person und seine Arbeitskraft, der dem Unternehmer als freier, gleichberechtigter Mensch gegenübertrat und mit ihm einen freien Arbeitsvertrag abschloß. Das war allerdings nur eine Illusion; denn in der Tat wurde die rechtliche Freiheit des Arbeiters durch seine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Kapital illusorisch gemacht, und er blieb nach wie

vor Sklave des Geldsacks. Die Zwangsarbeit wurde beibehalten, aber der Arbeitszwang blieb bestehen, und von einer wirklichen Arbeitsfreiheit konnte keine Rede sein. Nach wie vor wurde der Proletariat durch die kapitalistische Hungerpeitsche ins Sklavenjoch getrieben; denn die Arbeits- und Eristenlosigkeit schwebte wie das Schwert des Damokles über seinem Haupte, und obenrein leistete noch der Klassenstaat durch Polizei und Staatsanwalt dem Kapital Mitteldienste. Nur die Form der Unterdrückung hatte gewechselt, das Wesen war daselbe geblieben.

Nach der siegreichen proletarischen Revolution fiel der kapitalistische Polizeistaat auseinander, und die Herrschaft des Kapitals bekam einen argeren Stoß. Die unterdrückten Proletariat atmeten auf und freuten sich der erlangten Freiheit. Leider machten zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen von dieser Freiheit einen fassen Gebrauch, indem sie die Arbeitsfreiheit mit dem Recht auf Faulheit verwechselten. Solange sie unter der Krute des Unternehmertums standen, hatten sie manchemal wie verdrückt darauflos geschuftet; nachdem der Arbeitszwang beseitigt war, legten sie vielfach die Hände in den Schoß und frönten dem Nichtstun. Die Arbeitsfreude und Schaffenslust schwand immer mehr, die Leistungen sanken auf den Nullpunkt, und unser gesamtes Wirtschaftsleben geriet dadurch in die größte Gefahr. Aber schon machte sich überall die Ueberzeugung bemerkbar, daß es in der Gegenwart vor allen Dingen darauf ankomme, unser wirtschaftliches Leben im Sinne des Sozialismus und der Demokratie wieder aufzubauen. Um dies zu erreichen, wurde der allgemeine Arbeitszwang empfohlen, die zwangsweise Regelung der Arbeitsbetriebe. Dem Mißbrauch der Arbeitsfreiheit sollte durch die Wiedereinführung des Arbeitszwanges begegnet werden — das war die Ansicht, die in immer weiteren Kreisen an Boden gewann.

Für einen Kenner der modernen Arbeiterfrage kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Arbeitszwang ein durchaus ungeeignetes Mittel ist, um die Arbeitsfreude und Schaffenslust wieder zu beleben. Jeglicher Zwang erzeugt einen inneren seelischen Widerstand, nur die Freiwilligkeit schafft Lust und Liebe zu einer Tätigkeit. Es gilt also, diese Freiwilligkeit zur Grundlage unseres wirtschaftlichen Lebens zu machen und besonders in den Arbeitsbetrieben eine Stimmung herbeizuführen, die den Arbeitserfolg aller Beschäftigten aufs höchste steigert. Die modernen Proletarier, die der kapitalistischen Sklavenpeitsche entwaichen sind, haben keine Lust, sich einem äußeren Zwange zu beugen und wieder ins Joch zu kriechen, noch aber sind sie bereit, ihre Pflicht zu tun, wenn man sie richtig behandelt und auf ihre Eigenart eingeht. Sie wollen keine kleinen Rinder mehr sein, die man mit der Krute an die Arbeit treibt, sie wollen so behandelt werden, wie es sich für selbstbewusste Menschen ziemt.

Im allerersten Antriebe kommt es darauf an, daß die in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen als gleichberechtigte und sozial gleichwertige Menschen betrachtet und behandelt werden, daß man ihnen ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht innerhalb des Arbeitsbetriebes einräumt und daß man die Arbeitsbedingungen in gesundheitlicher und jeder anderen Beziehung so annehmbar wie möglich gestaltet. Nur der Mensch wird mit Lust und Liebe seine Arbeit verrichten, der sich an seiner Arbeitsstätte wohlfühlt. Sodann muß den Arbeitern und Arbeiterinnen allmählich die Ueberzeugung beigebracht werden, daß wir uns in einer Uebergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus befinden und daß wir uns der Zeit nähern, in der wir nicht mehr arbeiten, um den Kapitalisten die Taschen zu füllen, sondern um dem Gemeinwohl zu dienen. Die Gewißheit, daß die Arbeit nicht mehr ein Frontdienst bleiben soll zum Vorteil des Geldsacks, sondern daß sie eine Pflicht werden soll zum Wohle der Allgemeinheit, wird und muß eine grundsturzende Umwälzung herbeiführen in dem Verhältnis des Proletariats zur Arbeit. Einmal was die Arbeit ein Sklavenjoch, die sich unter der Fuchtel des Ausbeuterturns vollzog, nun soll sie eine freiwillige Pflichterfüllung werden im Dienste unseres gesamten Volkes. Endlich drittens wird es nötig sein, auch das persönliche Interesse des einzelnen durch eine gerechte Entlohnung zu wecken. Die heute übliche Lohnform, die die Arbeit nach der Elle mißt, bedeutet eine Ungerechtigkeits gegen den fleißigen, pflichtgetreuen Arbeiter gegenüber seinen Kollegen, die ohne Interesse und ohne Eifer die Zeit verdröben. Es ist eine wichtige sozialistische Forderung, daß eine höhere Leistung auch höher gemertert und entlohnt werden soll, und ebenso liegt es im Interesse einer Steigerung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, daß eine Entlohnung nach der Leistung stattfindet.

Zweifellos muß das deutsche Volk seine ganze Kraft daransetzen, unser Wirtschaftsleben vor dem völligen Zusammenbruch zu retten und es allmählich wieder auf die Fänge zu bringen. Das kann aber nur geschehen, wenn Arbeitsfreude und Schaffenslust wiederkehren. Aber diese wichtigsten Vorbedingungen einer hohen Arbeitsleistung lassen sich nicht erzielen durch äußeren Zwang, sondern nur durch die freiwillige Einordnung eines jeden arbeitsfähigen Menschen in den sozialen Arbeitsorganismus. F. L.

### Entwurf eines Lehrlingsgesetzes.

Von Otto Albrecht.

§ 1. Jugentliche Arbeiter und Angestellte beibrer Lehrjahrs, die sich im fortbildungspflichtigen Lebensalter befinden, dürfen, wenn sie in dem betreffenden Berufe oder Berufszweige nicht bereits ordnungsgemäß ausgebildet sind, nur in solchen Betrieben beschäftigt werden, die die Anerkennung als Lehrbetriebe erhalten haben. Sie sind für den in Frage kommenden Beruf oder Berufszweig in planmäßiger Weise praktisch und theoretisch zu unterrichten und in einer begrenzten Zeit zu Gehilfen auszubilden.

Alle Berufe und Berufszweige, in denen eine geordnete Berufsausbildung bisher nicht stattgefunden hat, oder in denen das frühere Lehrlingswesen zugrunde gegangen ist, sind verpflichtet, wenn und soweit dies möglich, überseits Vorkehrungen zu treffen, daß auch sie ein zeitgemäßes Lehrlingswesen einrichten oder wiedererrichten. Wo dies geschehen ist, treten ohne weiteres die Vorschriften des Absatzes 1 und die daraus abgeleiteten weiteren Bestimmungen in Kraft.

§ 2. Die Einstellung in einen Lehrbetrieb erfolgt nach vorausgehender Eignungsprüfung und Berufsberatung zunächst für eine Probezeit, die für die einzelnen Berufe und Berufszweige besonders festgesetzt wird, die aber nicht mehr als 3 Monate betragen darf. Gewährt sich im Verlauf dieser Zeit der Eingestellte als für die Ausbildung ungeeignet, so scheidet er aus dem Lehrverhältnis aus. Entschieden er sich mit Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters, trotzdem in demselben Berufe oder Berufszweige zu verbleiben, so rückt er in die Reihe der Gehilfen ein. Letztere dürfen dann auch in andern als in den nach § 1 in Betracht kommenden Betrieben beschäftigt werden.

§ 3. Lehrlinge haben sich den für ihren Beruf oder Berufszweig vorgeschriebenen Prüfungen zu unterziehen und werden nach bestandener Abschlussprüfung Gehilfen. Hilfsarbeiter, die später unvorhergesehene Fähigkeiten erweisen, können in ein Lehrverhältnis aufgenommen werden, wenn der zuständige Prüfungsausschuss einem dahingehenden Antrage zustimmt. Hilfsarbeiter, die kein rechtgemäßes Lehrverhältnis eingegangen waren, können sich trotzdem der Abschlussprüfung unterwerfen. Weichen sie hier, so sind sie ebenfalls als Gehilfen zu erklären. Meldungen und Prüfungen dieser Art sind von dem Lebensalter des Prüflings unabhängig.

§ 4. Betriebe unternehmer, deren Betriebe als Lehrbetriebe anerkannt sind, haben auf Verlangen des paritätischen Ausschusses die für ihren Betrieb etwa vorgeschriebene Mindestzahl von Lehrlingen aufzunehmen; sie dürfen anderseits auch die festgesetzte Höchstzahl nicht überschreiten lassen. Sie sind verpflichtet, ihre Betriebe so zu führen und die Ausbildung der Lehrlinge so zu fördern, daß das Lehrziel innerhalb der geltenden Zeit erreicht und ein höchstmöglicher Grad der Ausbildung gewährleistet wird. Ist der Betriebsunternehmer nicht in der Lage, seiner Aufgabe als Lehrmeister in vollem Umfange gerecht zu werden, so hat er dafür zu sorgen, daß zu jeder Zeit die erforderliche und geeignete Lehrpersonal vorhanden ist. Soweit die Voraussetzungen gegeben sind, sind es einem Betriebeigentümer zu empfehlen, derartige Einrichtungen zu unterhalten, hat ein solcher Betrieb auch die theoretische Ausbildung der Lehrlinge zu bewirken, andernfalls aber nach Kräften zu unterstützen. Kann die erforderliche theoretische Ausbildung nicht geboten werden, so erfolgt dieser Unterricht in der allgemeinen Hauptschule, die in ihrem Lehrplan auch den Anforderungen einer Pflichtfortbildungsschule entsprechen muß.

§ 5. Für Berufe, deren Betriebe an Zahl, Umfang und Einrichtung unzureichend sind, eine zeitgemäße Berufsausbildung zu vermitteln, werden, wenn deren volkswirtschaftliche Notwendigkeit (Wichtigkeit) außer Zweifel steht, ergänzend und in Verbindung mit gemeinnützigen Mutterbetrieben Mutter-Lehrbetriebe eingerichtet. Diese Mutter-Lehrbetriebe erhalten sich in erster Linie von dem Ertrös ihrer eigenen Erzeugnisse. Soweit es besondere Zustände zu ihrer Unterhaltung und Förderung bedarf, sind hierfür Mittel der Gesamtheit der zuständigen Betriebsunternehmer sowie öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen.

§ 6. Die Freiheit richtet sich nach den tatsächlichen Bedürfnissen des einzelnen Berufes und Berufszweiges; sie soll in der Regel 3 Jahre nicht überschreiten und ist in dem Maße zu verkürzen, als dies ohne Gefahr, das Lehrziel zu erreichen, möglich ist.

§ 7. Sogenanntes Lehrgehalt darf nicht erhoben werden. Der als Lehrling tätige jugendliche Arbeiter erhält für seine Arbeitsleistung ein Entgelt, das der Durchschnittsarbeitseistung in dem gegebenen Lebensalter entspricht. Wird dieser Entgelt in Form von Naturalien (Beförderung, Wohnung usw.) verabfolgt, so kann, falls das Lehrverhältnis durch Schuld des Lehrlings oder dessen gesetzlichen Vertreters ein vorzeitiges Ende findet, der Betriebsunternehmer das durch etwaigen Wertverlust der Naturalien gestiftete Mehrertrös zurückfordern. Die Höhe des Entgelts für Lehrlinge wird durch die zuständigen paritätischen Ausschüsse festgelegt. Ihre genauere Regelung erfolgt im Rahmen der Tarifverträge.

§ 8. Die Bewauffichtigung des Lehrlingswesens erfolgt durch paritätische Ausschüsse, die von den Arbeitgebergemeinschaften, den Arbeitgeberverbänden einerseits und den Arbeitnehmerverbänden andererseits gewählt werden. Als Ausschüsse dieser Art kommen in Betracht: a) für das gesamte Lehrlingswesen ein Zentralausschuss, b) für die einzelnen Berufe und, soweit erforderlich, auch für einzelne Berufszweige: 1. je ein Berufsausschuss, 2. Berufsausschüsse, 3. Ortsausschüsse. In Fällen, in denen diese Ausschüsse sich nicht zu einigen vermögen, ist der amtliche Entscheidungsausschuss zu einem Entschiede anrufen. Ist eine Partei mit diesem Entschiede nicht einverstanden, so kann sie dagegen



ihnen den Gewinn wegnimmt. Es sollte aber die Arbeiterschaft die geltenden Körpergesetze (schieben, ihnen herausmachen) suchen, daß sie nicht alles gehen lassen dürfen, wie es geht, sondern anfangt der Mahnungen an die Arbeiterschaft, ja keine Lohnforderungen zu stellen und keine Streiks zu führen, müssen sie tatkräftig eingreifen und sich den Zeitverhältnissen anpassen. Keine Regierung kann die Preisstricke aufhalten, aber sie hat die Macht, die Gewinne zum Nutzen des Volkes einzusparen.

Man hat viel darüber geschrieben, daß der Bauer das Land baut, was ihm gefällt, oder auch seinen Acker brachliegen läßt. Man will Gesetze schaffen, um dies zu verhindern. Erhebt man 1000 Steuer auf den Hektar, dann hat der Landwirt auch dann diese Summe zu zahlen, wenn er nichts anbauet. Er muß dann versuchen, möglichst viel zu gewinnen. Wenn der Hektarertrag 2000 bis 4000 groß ist, hat er soviel schon ein größeres Interesse, allen Acker gut zu düngen und gut zu bearbeiten. Bist er heute einen Hektar Land ungebaut, der ihm 15 bis 30 zu verdienen kostet, so ist der Schaden nicht groß. Wiederholt ist mit von Landwirten in diesem Jahre gesagt worden, ehe sie die teuren Löhne zahlen, lassen sie lieber das Getreide auf dem Felde verfaulen. Für sie reiche es zu. Mehr als sie gewonnen hätten, könne man ihnen nicht abnehmen. In der Tat sind heute noch Millionen von Hektaren Kartoffeln, Kraut und Mören auf dem Acker, die aller Wirtschaftlichkeit verlustlos sind, wenigstens für die menschliche Ernährung. Man hat sie nicht herangebracht, weil man zu niedrigen Löhnen bot. Wer soll auch den Tag für 4 bei Wind und Regen Kartoffeln ausmachen? Muß der Besitzer aber neben dem Verlust auch noch 1000 jährlich für den Hektar bezahlen, so wird er alles versuchen, die Früchte zu hegen und wird einen Lohn zahlen, mit dem die Arbeiter auskommen können; denn wenn er es nicht tut, kommt der Gerichtsvollzieher, die Steuern zu erheben und zahlt der Besitzer sie nicht, hat man eine Handhabe, sein Land wegzunehmen. Dies würde auch verhindern, daß Kriegsgewinnler Landgründe aus dem Ackerland machen, weil diese doch etwas sehr teuer wären. Denn aber, die sagen das sei eine indirekte Steuer, und weil wir aus Prinzip gegen diese sind, gefällt uns der Vorschlag nicht, kann man erwidern, daß Streichholzsteuer, Kohlensteuer usw. auch indirekte Steuern sind, nur sind sie etwas beiläufiger, als eine Steuer auf den Grundbesitz und man kommt aus dem enigen Dellez doch nicht heraus, weil nur Betriebsgewinne einkommen, hier aber gleich viele Milliarden. Die Steuer 3 bis 4 Milliarden zum Abbau der Baupreise und circa 20 Milliarden aus dem Grundbesitz für die nötigen Ausgaben. Damit schaffen wir Wohnungen, ohne neue Schulden zu machen, wir verhindern ein Verschleudern der Waren an das Ausland, bringen allmählich wieder unsere Betriebe zum Steigen und verhindern, daß Hausbesitzer und Agrarier auf Kosten des übrigen Volkes sich die Taschen füllen. Gilt es noch andere Objekte, die ähnlich zu fassen sind, so soll man dies tun. August Friedrich, Dresden

**Valuta und Devisentur.**

In Nr. 49 des „Grundstein“ brachte ich einen längeren Aufsatz über den Stand unseres Geldes unter der Überschrift: „Geht Deutschland dem Abgrund entgegen?“ Ich teile mit, daß man in Berlin am 17. September für 100 Schweizerische Franken anstatt 81 in Friedenszeiten 831 bezahlt habe. Am 29. September zahlte man nur 284,50. Am 6. November zahlte man aber die ungewohnte Summe von M. 674,50. Also für eine Goldmark 8,30 Papiermark. Umgekehrt zahlte man in Zürich am 18. September für 100 nur 19,50 Franken, am 27. September für 27,50 Franken, aber am 6. November nur 15,60 Franken anstatt 123,50 Franken vor dem Kriege, also für eine Papiermark noch 11,7 1/2 in Gold. Das ist etwas mehr als der neunte Teil, genau 8,6 Teile, des früheren Wertes. Alle Waren, die wir vom Auslande beziehen, müssen wir nach diesem Werte achteinhalbmal so teuer bezahlen wie das Ausland mit normalem Geldwert. Reis, der im Juli auch schon M. 3,50 das Pfund kostete, kostet jetzt M. 6,10.

Die Arbeitervereine haben die Berliner Metallarbeiterstreik, besonders die Anknüpfung des Generalstreiks, diesmal die Schuld an dem Sinken des Wertes unserer Mark tragen, und daß die Arbeiter, anstatt ihre Lage durch den Streik zu verbessern, den Metalllohn wieder heruntergepreist hätten. Beweis ist, daß der Streik etwas dazu beigetragen hat, denn die gleiche Beobachtung war bei den Septemberunruhen 1918 zu machen, ganz besonders aber während der Käteinfuhr in München und der Streiks in Mitteldeutschland Anfang März dieses Jahres. Auch damals sank unsere Valuta rapid. Diesmal kommen aber noch andere weittragende Momente in Betracht. Erstens die Befamnungung am 1. November, die Aufhebung des Personenverkehrs, zweitens und zu gleicher Zeit die Befamnung der Reichsfinanz. Jetzt schon die Aufhebung des Personenverkehrs, wie weit wir herunter sind, so noch mehr der Stand unserer Finanzen, aus dem ersichtlich wurde, daß wir 1919 wieder 50 Milliarden Mark Schulden gemacht haben. Das neue Budget sieht eine weitere Vermehrung der Schuldenlast vor, anstatt endlich mal die Einnahmen mit den Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Ein Staat, der nicht die laufenden Ausgaben decken kann, kann im Auslande natürlich keinen Kredit haben.

Hätte man an Stelle der Milliarden für Wohnungsbauzuschüsse und Abkündigung der Preise den Arbeitern und Angestellten höhere Löhne zugestanden, damit sie die höheren Ausgaben decken können, so hätten wir einige Milliarden Schulden weniger, hätten infolge der höheren Preise rund 7 Milliarden für die ausgeführten Waren mehr erhalten, also 7 Milliarden des alten Papiergeldes herbeigekommen, so daß nur noch 10 Milliarden drängen wären, dann hätten wir besser da. Man wird man endlich einsehen, daß die eingeschlagene Politik verfehlt ist? August Friedrich, Dresden.

**Von unsern Produktivgenossenschaften.**

In unserm Artikel „Produktivgenossenschaften deutscher Bauarbeiter“ in Nummer 45 des „Grundstein“ haben wir auf Grund von Berichten, die uns geworden waren, mitgeteilt, daß die Gemeinnützige Bau- und Betriebsgenossenschaft

für Groß-Berlin bei Erdbewegungsarbeiten, die sie für die Stadt Schöneberg ausführte, eine Unterbilanz von 40.000 gehabt habe. Wie aus von der Leitung der Genossenschaft mitgeteilt wird, ist die Unterbilanz bei der betreffenden Arbeit weit geringer. Doch überhaupt eine kleine Unterbilanz gemacht wurde, sei nicht Schuld des Kalkulationsbureaus, das von vornherein mit schweren Rechenböden gerechnet habe, sondern verschiedener anderer Umstände. Vor allem sei es mit darauf zurückzuführen, daß die Arbeit nicht rechtzeitig begonnen werden konnte. Dadurch habe sich, da inzwischen eine Erhöhung der Löhne eingetreten sei, die Ausführung der Arbeit verteuert. Weiter sei die Arbeit dadurch verteuert worden, daß eine Fehlbau nicht, wie ursprünglich vorgehoben war, quer durch ein Baugelände habe gelegt werden können, sondern in einem Bogen herum herum.

Wir freuen uns über diese Mitteilungen sehr, noch mehr aber darüber, daß sich die Genossenschaft in den letzten Wochen tüchtig entwickelt hat. Wir hoffen darüber demnächst weiteres mitteilen zu können.

**Die Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr nach Ortsgrößenklassen.**

In diesem Vierteljahr ist die Arbeitslosigkeit nur unwesentlich zurückgegangen. Das Gesamtergebnis wie auch die Verhältnisse zu den Mitgliedern der Arbeitslosenvereine sind im Vergleich zum Mitgliederverhältnis einen zwar geringen, aber doch ununterbrochenen Rückgang. Anders in den Mittel- und Kleinstädten. Hier nahm die Arbeitslosigkeit, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, von Monat zu Monat zu. Aus den Verhältniszahlen geht dies nur deshalb etwas weniger deutlich hervor, weil die gleichzeitige Mitgliederzunahme die Durchschnittswerte verringert. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ergibt ähnliche Verhältnisse. Wenn die Arbeitslosigkeit sich in den Großstädten auch langsam verringert, so blieb sie hier doch immer ein mehrfaches stärker als in den beiden anderen Ortsgrößenklassen. Selbst die Arbeitslosigkeit der Mittel- und Kleinstädte zusammen genommen reicht noch lange nicht an die der Großstädte heran. In den einzelnen Großstädten liegen die Verhältnisse allerdings sehr unterschiedlich. In Bochum und Gelsenkirchen gab es während des ganzen Vierteljahres keine arbeitslosen Mitglieder, in Dortmund, Duisburg, Essen und Saarbrücken nur sehr wenige. Demgegenüber treten Hamburg, Königsberg, Berlin und eine Reihe anderer Städte mit besonders harter Arbeitslosigkeit hervor. In Danzig, Nürnberg und Posen nahm sie sogar noch von Monat zu Monat zu. Weitere Einzelheiten sind den beiden beigegebenen Uebersichten zu entnehmen. — Die Arbeitslosenunterstützung ist im dritten Vierteljahr, soweit die Vereine dies berichteten, in 10.949 Fällen in Anspruch genommen, und zwar sind für 156.621

**Die Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr nach Ortsgrößenklassen.**

Ortsgrößenklassen	Anzahl der arbeitslosen Mitglieder	Anzahl der arbeitslosen Mitglieder im Verhältnis zum Mitgliederverhältnis	Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum Mitgliederverhältnis		Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum Mitgliederverhältnis	Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum Mitgliederverhältnis
			im Verhältnis zum Mitgliederverhältnis	im Verhältnis zum Mitgliederverhältnis		
<b>Monat Juli</b>						
Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern	38	146 254	7327	50	271	233
„ „ 20 000 bis 100 000	132	112 828	1492	17	12	35
„ „ weniger als 20 000	562	53 055	969	10	7	37
<b>Im ganzen Reich...</b>	<b>732</b>	<b>362 137</b>	<b>9788</b>	<b>28</b>	<b>290</b>	<b>305</b>
<b>Monat August</b>						
Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern	37	150 904	6722	45	108	204
„ „ 20 000 bis 100 000	133	119 330	1965	16	81	45
„ „ weniger als 20 000	592	104 116	1076	10	1	38
<b>Im ganzen Reich...</b>	<b>762</b>	<b>374 350</b>	<b>9763</b>	<b>26</b>	<b>140</b>	<b>287</b>
<b>Monat September</b>						
Orte mit 100 000 und mehr Einwohnern	38	156 795	6351	40	128	155
„ „ 20 000 bis 100 000	133	122 694	1689	14	17	53
„ „ weniger als 20 000	594	109 178	1119	10	3	17
<b>Im ganzen Reich...</b>	<b>765</b>	<b>388 662</b>	<b>9139</b>	<b>24</b>	<b>148</b>	<b>225</b>

**Arbeitsmarkt.**

Der Maurermeister Johannes Junge in Wartin in Westfalen sucht einige Maurer.

**Berichte.**

**Annaberg.** Eine am 2. November abgehaltene außerordentliche Generalversammlung nahm den Bericht über das dritte Quartal entgegen, woraus sich eine glänzende Entwicklung unseres Vereins ergab. Das Zu- und Abfließen der Berufsstunden, die in anderen Berufen keine Beschäftigung fanden, machte den Wechsel in Mitgliederbestand größer als je. Die höchste Mitgliederzahl war 1365 und demnach wurden 286 neue Mitglieder. Aus dem Verbandsrat traten 71 über; dagegen gab es 120 Wgänge. Die Beitragszahlung war gut; 63 Mitglieder hatten noch Beitragsreste bis zu 4 Wochen. Wegen Rückstände mußten 7 Mitglieder gestrichen werden.

Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt worden. Davon erforderten die Großstädte in 8660 Unterstützungsfällen für 127 295 Tage M. 265 734 Unterstützung, die Mittelstädte in 687 Fällen für 20 216 Tage M. 24 477 und die Kleinstädte in 687 Fällen für 20 216 Tage M. 16 340. Durchschnittlich beantragte ein Unterstützungsfall in den Großstädten für 14,7 Tage M. 30,68, in den Mittelstädten für 12,9 Tage M. 21,52, in den Kleinstädten für 15,1 Tage M. 22,18. Im ganzen Reich kamen durchschnittlich auf einen Unterstützungsfall für 14,3 unterstützte Tage M. 28,82 Unterstützung. Auch aus der aufgewandten Unterstützung ist die größere Arbeitslosigkeit der Mitglieder in den großstädtischen Vereinen zu erkennen.

**Verhältnis der Arbeitslosen zum Laufende der Mitglieder in den Vereinen der Großstädte.**

Verein	Juli		August		September	
	Zahl	im Verhältnis zum Mitgliederverhältnis	Zahl	im Verhältnis zum Mitgliederverhältnis	Zahl	im Verhältnis zum Mitgliederverhältnis
Berlin	65	38	4	2	92	11
Hamburg	39	18	43	22	41	18
Bochum	—	—	5	4	—	—
Braunschweig	10	—	—	—	—	—
Bremen	86	39	84	12	78	12
Breslau	17	1	9	3	7	2
Essen	12	4	9	3	3	0,4
Gelsenk.	34	13	15	11	20	10
Glückh.	19	4	22	4	11	4
Krefeld	12	3	7	2	10	5
Danzig	26	14	64	34	66	38
Dortmund	1	—	—	—	—	—
Dresden	58	24	43	25	63	32
Düsseldorf	107	53	61	35	52	35
Duisburg	0,5	—	—	—	—	—
Essen	4	4	16	8	11	2
Essen a. d. Rh.	—	—	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	71	65	57	44	38	29
Gelsenkirchen	—	—	—	—	—	—
Halle a. d. S.	6	2	6	1	3	0,4
Hamburg	230	97	191	79	169	50
Hannover	32	7	15	5	9	2
Karlsruhe	2	1	8	4	3	2
Kiel	3	1	6	3	8	1
Königsberg i. Pr.	11	2	2	—	—	—
Leipzig	169	17	169	67	160	27
Magdeburg	3	2	3	0,3	2	1
Mainz	4	2	3	1	—	—
Mannheim	9	4	17	3	12	3
Mühlheim a. d. N.	1	1	1	1	—	—
Münster	43	23	41	14	23	14
Nürnberg	23	17	69	25	90	34
Planen i. S.	70	41	36	58	90	52
Saarbrücken	4	—	1	—	—	—
Stettin	11	3	6	1	3	2
Stuttgart	16	9	7	4	4	3
Wiesbaden	163	78	119	45	67	28
Durchschnitt	50	24	45	19	40	14
Berlin	—	80	—	76	91	30
Durchschnitt mit Berlin	—	29	—	25	45	18

Durch die beiden Streiks in den Lohngebieten Annaberg und Marienberg wurden wohl im Juni die Löhne erheblich erhöht, sie blieben aber trotzdem wesentlich hinter den Löhnen anderer Berufe zurück. Aber selbst diese Erhöhungen wurden nicht einmal von allen Unternehmern geachtet. Besonders schädlichen sich die Unternehmer in den Landorten und fanden selber auch Mittelhaft bei einem Teile der Kollegen. Häufiger waren die zu schließlichen Differenzen. Aus Zugehörigkeit der höchsten Unternehmern zur Sozialorganisation erwaunden Schwierigkeiten für die Entlohnung der Zielbauarbeiter. Es gelang uns, diese Punkte zurück, aber selbst diese Aufnahmen und für einen Arbeitergruppe in den Verein aufzunehmen und für etwa 250 Arbeiter die Nachzahlung der zu wenig gezahlten Beträge zu erreichen. Der Versuch der Zielbauarbeiter ist hier noch eine Neugier. Deshalb hielt es schwer, Ordnung zu schaffen und zu halten. Wiederholt mußten Sonderverträge auf kurze Zeit abgeschlossen werden; 3 kritische Fälle schweben noch. Doch wie mit dem Verein Gelsenkirchen gemeinsam handelte, ließ uns den guten Erfolg höher nicht ohne Einfluß. Leider mußten wir auf die Wünsche unserer Bezirksverbände kaum verzichten. Es ging aber auch so. Die Arbeitslosigkeit!

war zum Teil gut. Es herrschte Mangel an Maurern, aber Ueberfluß an Erbarbeitern. Die Zunahme der Geschäfte erfordert eine Neueinrichtung neuer Geschäftsräume, die inzwischen höchst unzulänglich gewesen sind. Die Kassenverhältnisse haben sich gebessert. Die Einnahme der Kassenkasse einschließlich Kassenbestand beträgt M. 10.414,49, der eine Ausgabe von M. 3899,48 gegenüber steht. Es verließen der Kassenkasse am 6. 6. 1919, 01. Der Hauptkassenkonten M. 10.178,80 überwiegen werden. Für Arbeitslosen-Unterstützung wurden M. 650; für Kranken-Unterstützung M. 312,28 und für Sterbefalls-Unterstützung M. 40 vorausgeschickt.

**Sammlerfahrt.** Zu der am 16. November abgehaltenen Generalversammlung waren von den auswärtigen Mitgliedern keine Vertreter erschienen. Die Versammlung setzte die Beiträge für 1920 je nach der Wohnhöhe für die Hauptkassen auf 90, 80 und 70 A fest, den übrigen Zuschlag auf 30 A. Den Hilfskassen sollen 8 pct. von der Beitragssumme als Zuschlag zugeteilt werden. In einer eingehenden Aussprache über die Situation zeigte sich harte Unzufriedenheit darüber, daß unser Bezirksleiter, Kollege Koch, durch seine parlamentarische Tätigkeit gehindert ist, die ihm nach § 7 Absatz 1 obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Insbesondere kümmert er sich um unsere Vereinigung. Die Bezirksleiter-Dienstleistungen hatte beantragt, für den Bezirksleiter einen Kollegen anzustellen, der die politischen Angelegenisse als selbständigen Verein zu besorgen. Ein wirtschaftlicher Zusammenhang fehlt zwischen Ortsleitern und Halberstadt. Und dort von Halberstadt aus zu agieren, ist wegen der mangelhaften Verkehrsverhältnisse zu unumgänglich. Die Versammlung beschloß, den Verbandsvorstand zu erwidern: 1. Dem Antrag von Scheerhöfen, dort einen selbständigen Verein zu besetzen zu lassen, stattzugeben. 2. Dem Bezirksleiter, Kollegen Koch, anheimzugeben, daß er sich mehr um die hiesigen Verhältnisse bemüht. Falls er durch politische Tätigkeit in Anspruch genommen ist, geeigneten Ersatz für ihn zu bestellen. In der geplanten allgemeinen Versammlung für das Jahresende berichtet der Vorsitzende, daß er auf ein Schreiben an den Kollegen Koch vom 28. Oktober um einen Referenten noch keine Antwort erhalten habe. Falls sein Referent von Magdeburg kommen sollte, ist der Vorsitzende bereit, das Referat über die Baukontrolle zu übernehmen. Die im August beschlossene Erneuerungssatzung über die Höhe der Beiträge ist beschlossen, die Höhe der Beiträge über die Höhe der Kosten hinweg mit dem Unternehmenswert begründet zu vereinbaren. Notwendig ist daher für Halberstadt und für alle zum Vereinsgebiet gehörenden Orte eine baldige weitere Erneuerungssatzung.

### Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

**Heftstellungsergebnis vom 17. November.**  
Seit dem vorigen Heftlage hat das Winterwetter die Arbeitslosigkeit fast verdoppelt, denn die Zahl der Arbeitslosen stieg von 15.965 auf **30.284** und damit das Verhältnis zum Mitgliederstand von 3,78 auf **7,14**. Am härtesten war die Arbeitslosigkeit im Bezirk Königsberg, wo 20 vom Hundert aller Arbeiter der Mitglieder feierte. Dort betroffen sind auch die Bezirke Bremen mit 19,9, Dresden mit 16,0, Hamburg mit 13,8, Arbeitslose auf je 100 Mitglieder. Mehr als ein Fünftel der Mitglieder traf die Arbeitslosigkeit noch in den Bezirken Barmen, Berlin, Hannover und Ploß. Sektoren, die nicht die Hälfte des Mitgliederbestandes umfassen, sind die Bezirke Köln, Dortmund und Saarbrücken. In diesen Bezirken ist die Arbeitslosigkeit bisher noch ziemlich niedrig blieb, ist eine Zunahme eingetreten. — Zu unterrichten sind **5750** Arbeitslose, vom Hundert der Mitglieder **1,36**, gegenüber 2598 oder 0,61 vom Hundert in der Vorwoche.

Bezirk	Heft der Woche		In den beiden letzten Heften		In den beiden letzten Heften		In den beiden letzten Heften		Zunahme			
	Arbeitslose	Arbeitslose	Arbeitslose	Arbeitslose	Arbeitslose	Arbeitslose	Arbeitslose					
Königsberg	83	30	1592	285	1464	637	1	2	623	2717		
Bromberg	10	11	5497	277	290	164	—	—	160	614		
Stettin	85	85	10393	63	620	134	5	—	—	225	881	
Breslau	60	60	26355	447	1287	503	11	2	4	198	2009	
Berlin	78	78	38947	448	2167	1071	188	379	46	15	113	3961
Magdeburg	50	50	21398	89	581	1061	1	1	—	—	—	—
Hannover	48	48	1438	84	481	135	2	9	2	—	—	—
Dresden	16	16	28771	178	84	111	1	11	—	—	—	—
Köln	15	15	32569	114	180	367	84	115	20	—	—	—
Dortmund	12	12	24890	5	21	26	10	13	—	—	—	—
Hannover	46	46	21775	216	891	670	48	8	—	—	—	—
Barmen	31	31	12855	540	1210	619	28	39	—	—	—	—
Hamburg	70	70	25515	839	1656	569	115	140	10	4	488	3000
Ploß	60	60	5621	132	491	130	—	—	—	—	—	—
Dresden	14	14	22351	1030	1790	1512	15	21	12	—	—	—
Leipzig	68	68	36146	698	1406	1355	77	28	21	15	606	3697
Hannover	21	21	13388	146	177	387	2	95	9	—	—	—
München	21	21	13388	146	177	387	2	95	9	—	—	—
Wien	34	34	2474	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Saarbrücken	24	24	18927	67	401	21	3	73	2	1	4	144
Saarbrücken	13	13	23814	23	41	80	3	11	—	—	—	—
Zusammen	784	779	424354	6750	14832	8348	585	900	132	62	4764	30284

**Unsere Stellung zum Lehrlingswesen.**  
Die Lehrlingsfrage hängt zu den aktuellen Fragen der Gegenwart. Es ist deshalb von Wichtigkeit, sich mit dieser Frage zu beschäftigen und grundsätzliche Normen festzulegen. Auch hier hat der Krieg verändernd gewirkt. Durch die Einstellung der gelovten Industrie in den Kriegsdienst war die Berufsausbildung ihrer Lehrlinge sehr eng begrenzt. Durch die sekundäre Lage der

Wirtschaft und den Anstieg des Geldverlehens in der Rüstungsindustrie wurde dem Lehrlingswesen ein jäher Einbruch angeht. Um diesem Mißstand abzuhelfen, werden jetzt von verschiedenen Seiten Vorschläge gemacht. Ganz besonders von der Arbeitgeberseite, denen wir nicht latentos zusehen dürfen. Sie, damit dem Lehrlingswesen Vorschläge gemacht werden. Die Lehrlingsfrage ist zu einer Organisationsfrage geworden. Die Unternehmerverbände haben bei den letzten Tarifverhandlungen erklärt, daß die Regelung der Lehrlingsfrage nicht ihre Sache sei, sondern die Innungen angehe. Sie könnten nichts dabei tun. Damit haben sie bewiesen, daß ihnen die kollektive Regelung der Lehrlingsangelegenheiten nicht erwünscht ist, daß sie allen darüber bestimmen wollen. Aber letzten Endes liegt die Macht bei uns. Wenn wir erklären: Wir bilden Lehrlinge unter Bedingungen, wie sie die Innungen wollen, nicht aus, so werden sich die Unternehmer schon gezwungen sehen, mit uns darüber zu verhandeln. Der Schwerpunkt liegt vor allem in der Zahl der jährlich einzustellenden Lehrlinge. Unter keinen Umständen dürfen wir es der Willkür der Unternehmer überlassen, wieviel Lehrlinge sie einstellen wollen. Es könnte sonst ein Überangebot an Lehrlingen entstehen. Der Unternehmer weiß sehr gut, daß der Mangel an gelovten Arbeitsträgern seine Position gegenüber nicht stärkt. Er hat ein Interesse daran, möglichst viele Lehrlinge auf den Bau zu bringen, um eine große Anzahl von Gelehrten zu erzeugen. Ich bin weit davon entfernt, der Beschäftigung des Nachwuchses das Wort zu reden; aber da wir mit allen Gelehrten rechnen müssen, so gebietet uns der Selbsthaltungstrieb, unsere Aufmerksamkeit auf diesen Punkt zu richten, damit Angebot und Nachfrage im Bereiche der Wege halten. Drei Fragen sind für das zukünftige Lehrlingswesen von besonderer Wichtigkeit: erstens die Einstellungszahl, zweitens die Wohnhöhe und drittens die Art der Lehrmethode. Da die Verhältnisse im Baugewerbe in Entwicklung und Konjunktur nicht überall gleich sind, so empfiehlt es sich, diese Bestimmungen über die Zahl den einzelnen Bezirken zu überlassen. Die Entlohnung muss den Zeitverhältnissen entsprechen und unter den Besten des Baugewerbes herangezogen werden. In der Behandlung des Lehrlings durch die Kollegen liegt die Weiterbildung des zukünftigen Mitarbeiter begründet. Suchen wir daher, einen Nachwuchs heranzubilden, der allen Gefahren gewachsen ist. In erster Linie einen tüchtigen Fachmann und in zweiter Linie einen selbstbewussten und aufrechten Kollegen. Die Lehrlinge deshalb vor, in allen Vereinen Lehrlingskommissionen zu bilden, die alle Angelegenheiten des Lehrlingswesens in die Hand nehmen und überwachen und für deren Ausübung Sorge tragen. Um aber die einheitliche Regelung dieser zeitgemäßen Frage zu erreichen, ist es unbedingt notwendig, daß von Seiten der Organisation allgemeine Richtlinien und Unterlagen geschaffen werden. Bekümmern wir es daher nicht, dieser Frage die nötige Beachtung zu schenken. Schon sind Schritte am Werke, die über die Sache einseitig entscheiden wollen. Hier darf das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften nicht ausgeübt werden; denn wer für die Jugend sorgt, sorgt für die Zukunft.  
Reinhard Schneider, Mainz.

### Vom Bau.

**Baugewerkschaften.** Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sind im Laufe der letzten Jahre unter dem Titel „Baugewerkschaften“ eine große Anzahl neuer Gebilde entstanden. In der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Oktober 1919 wurden 992 Baugewerkschaften neu gegründet; außerdem wurden 108 und 12 geleitet in Auflösung, so daß in den 7 Jahren ein Zuwachs von 217 entstand. Es handelt sich dabei um Gebilde, die für ihre Mitglieder Wohnungen bauen wollen, nicht um gewerbliche Betriebe. Im Jahre 1919 wurden verhältnismäßig die meisten Baugewerkschaften in Bayern gegründet. Auf diesen Staat entfallen 196; davon allein auf München 91, Berlin hat jetzt 45, von denen 23 in diesem Jahre gegründet wurden. Von den sonstigen Neugründungen entfallen auf die Rheinprovinz 88, auf Westfalen 46, auf Hannover 37 und auf Baden 45.  
Ein anderer Zweck dieser Bewegung sind die Siedlungsgewerkschaften. Diese haben erst in und nach dem Kriege größere Bedeutung erlangt. In den Jahren 1916 bis 1919 wurden zusammen 101 Siedlungsgewerkschaften gegründet; davon entfallen auf 1919 allein 67. Bei diesen Organisationen handelt es sich neben der Wohnungsbefreiung auch zugleich um die Beschäftigung von Garten- oder Ackerland. Für uns als Bauarbeiter haben Bau- und Siedlungsgewerkschaften noch insofern eine besondere Bedeutung, als sie in den nächsten Jahren bedeutende Auftraggeber im Baugewerbe sein werden. Besonders die jetzt gegründeten oder in der Gründung begriffenen Arbeitsgemeinschaften werden recht oft Geschäftsvorgängen mit ihnen antreffen.  
**Enbmissionslinie.** Für den Bahnbau Witten—Eilenburg sind etwa 350.000 Kubikmeter Erdarbeiten ausgeschrieben worden. Bei Befreiung der abgelegenen Angebote zeigte sich ein Unterschied zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Gebot von M. 3000 0/10. Das niedrigste Gebot betrug M. 1.860 40/100 und das höchste M. 4.867 50/100. Wenn die Arbeiten übertragen sind, war noch nicht in Erfahrung zu bringen.

### Gewerkschaftliches.

**Zusammenbruch der graphischen Organisationen.**  
Die Verbände der Verbände der Buchdrucker, Buch- und Stein-druck- und -arbeiterinnen, der Buchbinder und Papierarbeiter und der Lithographen und Stein-drucker haben jetzt eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Die Beschäftigten dieser Organisationen des Bauwesens haben sich die Zentralen der Bauarbeiterverbände geteilt, indem sich die Zentralen der Bauarbeiterverbände geteilt haben. Dessen Zweck soll sein, durch gemeinsame Förderung und Wahrung der beruflichen und gewerkschaftlichen Interessen der beteiligten Organisationen und diese selbst einander näher zu bringen und die notwendigen Vorarbeiten für die Schaffung eines graphischen Arbeiterverbandes auszuführen. Die graphischen Organisationen gehören zu den

Gewerkschaften, in denen die Propaganda für einen engeren Zusammenschluß der verwandten Organisationen schon seit Jahrzehnten nie verflumte. Dabei kam man über einzeln schlichtere Versuche, auf zentraler und auf lokaler Grundlage praktische Arbeit nach dieser Richtung hin zu leisten, nicht hinaus. Das konnte nicht so bleiben, die Zeitverhältnisse drängten immer mehr auf ein Zusammenarbeiten der graphischen Verbände hin, so daß jetzt durch die Gründung des Graphischen Bundes der erste Schritt zum graphischen Industrieverband getan ist. Für einen großen Teil der gewerblichen Unternehmungen des graphischen Berufes sind alle 4 der genannten Berufe zuständig. Ein einheitlicher Verband für alle Sparten bedeutet darum natürlich eine große Ersparnis an gewerkschaftlichem Kraftaufwand. Wenn nicht jetzt schon ohne den Umweg über den Graphischen Bund der Industrieverband aus der Taufe gehoben werden konnte, dann tragen hieran die Hauptschuld die noch recht unterschiedlichen beruflichen und gewerkschaftlichen Einrichtungen. Wenn einen Ausblick zu schaffen und nach den Satzungen des Graphischen Bundes die angegliederten Verbände jetzt verpflichtet. Soweit dabei die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Frage kommen, so ist hierbei dieses Streben nach einem Ausgleich schon gegeben durch die von den einzelnen Verbänden getroffenen Vereinbarungen auf erlegten Verpflichtungen zum Abschluß von Reichstaxen. Im Buchdruck bestehen diese bereits, im Steindruck erst jüngst für eine Reihe Sparten Reichstaxen abgeschlossen worden und für die Buchbinder und Papierarbeiter ist ein jetzt daran, für den Buchdruck, für den Steindruck und Arbeitern einen Reichstaxen zu schaffen, nachdem für 2 kleinere Sparten solche bereits bestehen.

### Soziales.

**Eine Komödie der Wirtungen.** Im Monat November sollte in Washington, der Bundeshauptstadt der Vereinigten Staaten, eine Arbeitskonferenz stattfinden, auf der alle am Friedensvertrag beteiligten Staaten vertreten sein sollten. Die Ententemächte konnten aber auch diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne ihre furchtbare und lächerliche Angst vor allem, was deutsch ist, zu beweisen. Tatsächlich lagte auch die Konferenz; allerdings ohne die deutschen und österreichischen Delegierten. Zwei wollte man die ungenügend die Reise gestatten, jedoch sollten sie erst an den Türen des Kongreßpalastes gewissermaßen bitten, eintreten zu dürfen.  
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte eine Beteiligungs an der Konferenz abgelehnt, da die Ententeregierungen an Deutschland und Deutsche überhaupt eine Einladung nicht hatten ergehen lassen, mithin die Voraussetzungen nicht erfüllt waren, die der Beschluß der Internationalen Konferenz in Amsterdam vorlag („Einladung und Zulassung der Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“). Die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“ die Bemerkungen des Internationalen Gewerkschaftsbüros bei den französischen und englischen Regierung bewirkt dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz, vollständig und gleichberechtigt wie alle anderen sein würden“. Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es besahe die bestimmte Versicherung, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angeht dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beschiedenen Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach vorausgegangen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beteiligungs der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute am 1. November der ihr gemachten Vorschläge und unter Bezeichnung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer“

